

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/52

Bonn, den 16. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Weichenstellung für die Zukunft</u>	85

Der Deutsche Bildungsrat geht an die Arbeit

Von Klaus Helfer

3	<u>Im Dienste Deutschlands</u>	22
	Zur Afrika-Reise des Bundespräsidenten	

3	<u>SED-Aktivität</u>	23
	Fankows lateinamerikanische Ambitionen	

4 - 5	<u>Frankreich im Aufbruch (II und Schluß)</u>	67
	Vorbereitungen der Opposition	
	Von unserem Korrespondenten in Paris. Georg Scheuer	

+ +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Bayerische Kommunalwahlen und Vertriebene

Gedankenaustausch zwischen SED und BdV

SPD-Vertriebenen- und Flüchtlingsausschuß tagte

Bundesregierung kürzte Siedlungsmittel

Weichenstellung für die Zukunft

Der Deutsche Bildungsrat geht an die Arbeit

Von Klaus Helfer

17. März 1966: Konstituierung des "Deutschen Bildungsrates". Ob die Geschichte deutscher Bildungspolitik dieses Datum dereinst mit Fettdruck hervorheben wird, kann heute niemand voraussagen. Eines scheint sicher zu sein: Wenn diese Spätgeburt des deutschen Kulturföderalismus den Erwartungen seines Väterdutzends je gerecht wird, wenn der "Deutsche Bildungsrat" jenes Maß an sachlicher Autorität zu gewinnen vermag, das die einzige Voraussetzung seiner politischen Wirksamkeit ist und bleiben wird, dann wird dies einzig den Männern und Frauen seiner "Bildungskommission", ihrem persönlichen Engagement, ihrem Weitblick und ihrem Stehvermögen zu verdanken sein. Nicht von ungefähr hat Waldemar von Knering die vom Bundespräsidenten Berufenen "zu ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe" beglückwünscht. Seitdem er in seiner historischen Straubinger Rede vom 25. Juni 1961 die "Neuordnung der deutschen Kulturpolitik" zur Debatte stellte und die Berufung eines "Deutschen Kulturrates" forderte, sind fünf wertvolle Jahre verstrichen. Die Probleme der Bildungspolitik sind die gleichen geblieben wie damals:

- * "In der Bundesrepublik haben wir keine ausreichende Kenntnis von
- * den hier wirksamen Kräften und Tendenzen. Wir wissen, daß wir
- * schon heute gewaltige Anstrengungen machen müssen, um morgen be-
- * stehen zu können - über die Größenordnungen aber, z.B. des nöti-
- * gen finanziellen Aufwands, haben wir nur vage Vermutungen... Die
- * gesamte Bedarfsfrage der Gesellschaft ist ebensowenig untersucht
- * wie die Frage der Begabungsreserve und die verantwortlich Planen-
- * den und Entscheidenden sind auf die Berechnungen der Interessen-
- * ten und Interessengruppen angewiesen... Uns fehlen auf diesem Ge-
- * biet die primitivsten Grundlagen rationaler Planung. Sie sind nur
- * im Zusammenwirken von Soziologen, Anthropologen, Wirtschaftswis-
- * senschaftlern und anderen sozialwissenschaftlichen Forschern zu
- * beschaffen. Geben wir ihnen den Rahmen und die Mittel, diese für
- * uns so lebenswichtige Arbeit zu leisten!"

Ein politischer Auftrag

Die Zukunft wird lehren müssen, ob der schließlich am 15. Juli 1965 zwischen Bund und Ländern vereinbarte institutionelle Rahmen des Bildungsrates und die Zusammensetzung seiner Bildungskommission dieser die Erfüllung ihres Auftrages ermöglicht:

- * "1. Bedarfs- und Entwicklungspläne für das deutsche Bildungswesen zu entwerfen, die den Erfordernissen des kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens entsprechen und den zukünftigen Bedarf an ausgebildeten Menschen berücksichtigen.

- * 2. Vorschläge für die Struktur des Bildungswesens zu machen
- * und den Finanzbedarf zu berechnen.

- * 3. Empfehlungen für eine langfristige Planung auf den ver-
- * schiedenen Stufen des Bildungswesens auszusprechen."

Der Bildungskommission wurde mit diesem Aufgabenkatalog gleichsam die Liste der "weißen Flecken" einer Landschaft in die Hand gedrückt, ohne deren Kenntnis keine rationale bildungspolitische Strategie zu entwerfen ist. Aber ihre Aufgabe besteht nicht in erster Linie in der Erforschung bisher unbekanntes Geländes. In dieser Hinsicht muß sie sich auf die Zusammenfassung der Ergebnisse beschränken, die von der in den letzten Jahren an vielen Stellen in Gang gekommenen Bildungsforschung erarbeitet werden und auf die Ausfüllung derjenigen Lücken drängen, die eine fundierte und umfassende Urteilsbildung noch immer erschweren. Der Auftrag der Bildungskommission besteht in der Urteilsbildung selbst - ist damit nicht wissenschaftlicher sondern politischer Natur.

Vorausdenken - nicht registrieren

Ihr Auftrag versetzt die Bildungskommission unmittelbar in die bildungspolitischen Auseinandersetzungen dieses Landes. Sie wird deren Klippen und Untiefen nur in weiser Berücksichtigung ihrer Grenzen und in souveräner Auslegung ihrer Möglichkeiten umschiffen können. Sie muß sich gegen überspannte Erwartungen ebenso abschirmen, wie gegen die Versuchung, ihre Arbeit auf noch bedeutsame, aber abseits der bildungspolitischen Kernprobleme unserer Zeit gelegene Fragestellungen abdrängen zu lassen. Sie muß sich vergegenwärtigen, daß die politisch verantwortlichen Instanzen beinahe täglich Entscheidungen treffen, die Weichen für die künftige Entwicklung stellen und die Zustände von gestern morgen schon zum Archivmaterial machen. Sie muß alles in allem das Kunststück zuwege bringen, die Entwicklungen gleichzeitig zu registrieren und vorausdenken sowie dem so Vorausgedachten in der Meinungsbildung der Öffentlichkeit und der Parlamente die notwendige Resonanz zu sichern. Weder die Bildungskommission noch der Bildungsrat als Ganzes haben eine "Kompetenz" zur Bildungsplanung.

Das hat einen guten Sinn: Die für die politischen Entscheidungen verantwortlichen Staatsorgane können und dürfen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Aber Kompetenzlosigkeit heißt nicht immer auch Machtlosigkeit. Die Bildungskommission hat es in der Hand, allein dadurch zu einem bestimmenden Faktor der zukünftigen Entwicklung zu werden, daß sie die Öffentlichkeit ebenso wie die Parlamente und Regierungen mit den Notwendigkeiten konfrontiert, denen jede bildungspolitische Entscheidung in Zukunft gerecht werden muß.

Dazu ist sie durch ihren Auftrag nicht nur legitimiert, sondern geradezu verpflichtet. Von der Art und Weise, in der sie sich selbst und ihren Auftrag versteht, wird es abhängen, ob der 17. März 1966 einmal als Wendepunkt in der deutschen Bildungspolitik betrachtet werden kann.

Im Dienste Deutschlands

Zur Afrika-Reise des Bundespräsidenten

sp - Für drei Wochen nahmen der Bundespräsident und seine Frau die Strapazen einer Reise auf sich, die sie in sechs afrikanische Staaten mit unterschiedlichen Regimen führte. Der unbestreitbare Erfolg dieser Reise liegt wohl im Atmosphärischen. Dem Bundespräsidenten gelang es, bestehende gute Beziehungen zu verbessern und neue Sympathien für die Bundesrepublik zu erwerben. Unser durch fremde Willkür gespaltenes Volk braucht im Kampf um die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes Freundschaften und Sympathien in der Welt, es ist mit angewiesen auf die Unterstützung fremder Länder, die selbst Fremdherrschaft erlitten haben und nun ihre Geschicke selbst leiten.

Das unruhige und von Revolutionen und Putschern erschütterte Afrika spricht heute mit vielen Stimmen zur Welt, seine Völker und Staaten gewinnen wachsende Bedeutung in den Vereinten Nationen, und es kommt für uns sehr darauf an, welches Deutschlandbild sie haben. Entwicklungshilfe allein genügt wohl nicht, so wichtig sie auch für die Empfängerländer ist, die Freundschaften und Sympathien dieser Länder zu gewinnen. Dazu bedarf es schon der persönlichen Beziehungen und des unmittelbaren Gesprächs. Dem Bundespräsidenten wurde überall ein herzliches Willkommen zuteil; die Schlichtheit und die Würde seines Auftretens blieben nicht ohne Eindruck und so manches Zerrbild über die Bundesrepublik konnte korrigiert werden. Unser Volk hat guten Grund, Lükke für seine Afrika-Reise zu danken. Sie wird gewiß Früchte tragen.

+ + +

SED-Aktivität

Pankows lateinamerikanische Ambitionen

sp - Während der Ostblock mit gewaltigen publizistischen Anstrengungen innerhalb und außerhalb der UNO versucht, für die UNO-Mitgliedschaft der "DDR" die Trommel zu rühren, vollzieht sich in Lateinamerika eine Entwicklung, die in Bonn aufmerksam beobachtet werden sollte.

Außer den Kontakten zwischen der Zone einerseits und Kolumbien sowie Chile andererseits sind auch Brasilien und Argentinien in den Bereich der Ostberliner Bemühungen um internationale Aufwertung gerückt.

In Brasilien wurden die Gouverneure der 22 Bundesstaaten angewiesen, ohne Genehmigung der Zentralregierung keine Vereinbarungen mit der "DDR-Handelsmission" in Sao Paulo abzuschließen. Andererseits kommen die Handelsemissäre aus Ostberlin den sowjetischen Bestrebungen ins Gehege, durch eine gezielte Entwicklungshilfe auch auf dem brasilianischen Markt stärker ins Geschäft zu kommen und Industrieausrüstungen zu liefern.

In Argentinien sind es die einheimischen Kommunisten, die der Sache Pankows propagandistisch nützen sollen. Wie der argentinische Publizist Alberto Daniel Faleroni feststellt, sind entsprechende Beschlüsse in Ostberlin gefaßt worden, als sich dort eine Abordnung prominenter argentinischer Kommunisten aufhielt. In dem Abkommen zwischen der SED und der argentinischen KP verpflichtet sich diese, für die Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zum SED-Regime zu werben. Das Abkommen zwischen beiden Parteien war bereits im November unterzeichnet worden, wurde aber erst jetzt in Argentinien bekannt.

Frankreich im Aufbruch (II und Schluß)

Vorbereitungen der Opposition

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die "Fédération de la Gauche Démocrate-Socialiste" entwickelt sich langsam zu einer neuen großen demokratischen Linkspartei, in welcher die Unterschiede zwischen Radikalen (Freisinnigen), Sozialisten, Widerstandsdemokraten usw. nach und nach durch eine gemeinsame Zielsetzung überschattet sind.

M i t t e r r a n d wirkt als Präsident dieser Föderation in hohem Maß als einigendes Element. Er stellt seine in der Präsidentenwahlkampagne erworbene Popularität jetzt in den Dienst der neuen Wahlkampagne. M e n é s - F r a n c e soll ihm zur Seite treten. Das ist der weit verbreitete Wunsch in französischen Linkskreisen. Der frühere Ministerpräsident hat sich aber noch nicht entschieden.

Die SFIO stellt die stärksten Bataillone in dieser neuen sozialdemokratischen Föderation. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Guy M o l l e t und Gaston D e f f e r r e sind taktischer Natur und werden im April auf einer außerordentlichen Parteikonferenz ausgetragen werden. Beide Führer der SFIO sind für einen soliden Aufbau der neuen Föderation, wobei Deferré auf eine Beschleunigung noch vor der Parlamentswahl drängt.

Konservative

Große Schwierigkeiten hat auch Jean L e c a n u e t zu bekämpfen, der als Kandidat der MRP (Christlich-Demokraten) im Dezember 15 Prozent erhielt. Er hat seither ein "Centre Démocratique" gegründet, aus dem er eine demokratische Mittelpartei zu entwickeln hofft. Dabei stößt er auf Hindernisse sowohl in der MRP, als auch bei den anderen konservativen Parteien.

Links von der MRP hat sich der frühere radikale Ministerpräsident Maurice F a u r e, den Lecanuet zu gewinnen hoffte, vom "Centre" distanziert. Rechts von der MRP schwanken die "Unabhängigen Republikaner" zwischen einer weiteren Unterstützung der gaulistischen Regierung und einem selbständigen Vorgehen. Außerdem hat der Lyoner Bürgermeister P r a d e l dieser Tage eine sogenannte "Bürgermeisterpartei" gegründet, in der er auf "überparteilicher" Grundlage die konservative Opposition sammeln will.

Um konservative Stimmen bemüht sich schließlich auch der gescheiterte rechteradikale Advokat Tixier-Vignancour (fünf Prozent), im Kleinkrieg mit seinem Rivalen Le Pen.

Zweiparteiensystem - auf wessen Kosten ?

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Entscheidung bei den kommenden Parlamentswahlen, ähnlich wie in den Präsidentenwahlen zwischen Gaullisten und Sozialdemokraten fällt. Kommunisten und Konservative werden sich in vielen Wahlkreisen letzten Endes für die eine der beiden Hauptkräfte entscheiden. Dabei steht durchaus nicht von vornherein fest, in welchem Sinn diese Entscheidungen in den einzelnen Wahlkreisen fallen.

Die bisherige Erfahrung zeigt, daß die KPF im Entscheidungsfall nicht immer gegen den gaullistischen Kandidaten stimmt. De Gaulle fährt im Juni dieses Jahres nach Moskau und wird bei dieser Gelegenheit voraussichtlich die französisch-sowjetischen Bande enger knüpfen. Im Zusammenhang damit wirbt die gaullistische Propaganda jetzt schon ganz offen um kommunistische Wählerstimmen. Kryptokommunistische Persönlichkeiten, wie der frühere Chefredakteur der "Libération" d' A s t i e r und der frühere Gewerkschaftsführer der CGT L e B r a u n trommeln für de Gaulle.

Andererseits sind die Konservativen in vielen französischen Provinzen, insbesondere in Südfrankreich, derart erbittert gegen die gaullistische Außen- und Innenpolitik, daß sie in einer Stichwahl eher dazu neigen, für einen Linksdemokraten zu stimmen, falls dieser nicht ausdrücklich von den Kommunisten aufs Schild gehoben wird. Aus diesem Grunde stellte Lecanuet am 19. Dezember 1965 seinen Wählern die Entscheidung frei und fügte hinzu: "Jedenfalls nicht für de Gaulle". Tixier ging bei der gleichen Gelegenheit noch weiter und empfahl ganz offen Kitterrand.

Seit langem strebt der Gaullismus durch Propaganda und Wahlreformen nach "Vereinfachung" der französischen Innenpolitik. Schrittweise wird dieses Ziel jetzt erreicht. Aber, wie man sieht, nicht notwendigerweise zugunsten des Gaullismus. Wenn die UNR nämlich schon zu Lebzeiten des Generals mit derartigen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, kann man sich leicht ausrechnen, wie die Dinge erst stehen werden, wenn de Gaulle nicht mehr ist.